Sessionsforum: Sommersession 2019, Schaffhauser Nachrichten vom 28. Juni 2019

26.6.2019; Martina Munz, Nationalrätin

Titel: **Die Aushöhlung des Mieterschutzes**

Grosszügig wurden in der Sommersession Nationalstrassenprojekte und Bahnausbauten bewilligt, beflügelt durch die bevorstehenden Wahlen. Kaum eine Region, die davon nicht profitiert.

Der Nationalrat hat in dieser Sommersession einen grosszügigen Bahnausbauschritt 2035 beschlossen. Das ist gut für das Klima, aber auch gut für eine geordnete Raumentwicklung. Das Bahnangebot wird so beschleunigt und verdichtet. Erstmals wird in die Erweiterung auch der Güterverkehr einbezogen. Vor zwei Jahren hat der Bundesrat eine kleine Variante für 7 Milliarden und eine grössere für fast 12 Milliarden Franken vorgelegt. Das Parlament hat sich für die grössere Variante entschieden und sogar aufgestockt. Für fast jede Region war etwas dabei, auch für Schaffhausen. Wir profitiert vom Ausbau mit dem Kapazitätsausbau der Strecken Zürich-Bülach-Schaffhausen sowie Zürich-Winterthur-Stein am Rhein. Das 13-Milliardenprogramm ist sehr ambitioniert. Seit die Stimmbevölkerung 2014 dem neuen Fonds zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) zugestimmt hat, ist die Finanzierung der Eisenbahn gesichert. Diskussionen gab es darum kaum. Aber vielleicht sind es auch das Wahljahr oder der Klimastreik, die das Parlament zur Grosszügigkeit animieren.

Auch die Konzernverantwortungsinitiative beschäftigte das Parlament. Die Schweiz steht als starker Wirtschaftsstandort in der Pflicht, sich für Menschenrechte und Umweltstandards auch im Ausland einzusetzen. Unser Wohlstand darf nicht auf menschenverachtenden Geschäftspraktiken basieren. Wir sind zwar stolz auf unsere saubere Schweiz, wenn es aber beim Geschäftemachen um Ethik und Moral geht, ist unsere Weste nicht mehr so rein. Schweizer Konzerne holzen Regenwälder ab, der Rohstoffhändler Glencore lässt Kinder schuften und vergiftet Flüsse, Chiquita hält Arbeits- du Umweltstandards nicht ein und Syngenta macht mit hochgiftigen Pestiziden, die im Wallis produziert wurden, milliardenschwere Gewinne. Bis jetzt hat die Schweiz bezüglich Sorgfaltspflicht als einziges europäisches Land auf die Freiwilligkeit der Konzerne gesetzt. Es ist deshalb kein Zufall, dass wir gemessen an der Bevölkerung die grösste Dichte an internationalen Konzernen haben. Die Politik muss handeln, doch die Konzernlobby sträubt sich. Als Kompromiss wurde ein Gegenvorschlag erarbeitet, der jedoch im Ständerat von den Lobbyisten zu Fall gebracht wurde. Im Nationalrat waren sich viele Bürgerliche bewusst, dass die Initiative vor dem Volk gute Chancen hat. Deshalb wurde dem milderen Gegenvorschlag zugestimmt, der aber dennoch griffige Haftungsbestimmungen enthält. Dieser ermöglicht eine schnelle Umsetzung von Massnahmen.
Zum Schluss der Session hat der Nationalrat die Aushöhlung des Mieterschutzes beschlossen. Auf Mietwohnungen soll die maximal zulässige Rendite vervierfacht werden. Ohne eine Zusatzleistung zu erbringen, können so massiv höhere Gewinne aus den Mieterinnen und Mietern herausgepresst werden. Gleichzeitig wird das Recht, missbräuchliche Mietzinsen anzufechten stark eingeschränkt. Nur noch in Zeiten von Wohnungsnot soll es möglich sein, gegen zu hohen Mieten gerichtlich vorzugehen. Die Vorstösse stammen aus der Ecke der Immobilienverbände und wurden insbesondere von FDP und SVP angenommen. Und sie verhöhnen weit über die Hälfte der Schweizer Bevölkerung, die Mieterinnen und Mieter sind und bereits einen Drittel ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben. Es bleibt zu hoffen, dass der Entscheid vom Ständerat oder vom Volk rückgängig gemacht wird.